

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
27. Sitzung des Rates der Stadt Haan
am Dienstag, dem 04.06.2013 um 17:00 Uhr
im Pädagogischen Zentrum Adler Straße

Beginn:
17:00

Ende:
21:54

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bovert

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
Stv. Mantoy Becker
Stv. Ursula Borgmann
Stv. Harald Giebels
Stv. Wolfgang Goeken
Stv. Marlies Goetze
Stv. Udo Greeff
Stv. Dr. Dieter Gräßler
Stv. Gerd Holberg
Stv. Jens Lemke
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
Stv. Brigitte Taschke
Stv. Andreas Wasgien
Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Jürgen Boes
Stv. Walter Drennhaus
Stv. Juliane Eichler
Stv. Uwe Elker
Stv. Marion Klaus
Stv. Ulrich Klaus
Stv. Michael Schneider
Stv. Bernd Stracke
Stv. Ute Wollmann

ab TOP 3.1.8
bis TOP 3.1.3 und wieder ab TOP 3.3

FDP-Fraktion

Stv. Friedhelm Kohl
Stv. Dirk Raabe
Stv. Michael Ruppert
Stv. Patrick Sobbe
Stv. Klaus Straßburg
Stv. Arnd Vossieg

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch
Stv. Jörg-Uwe Pieper
Stv. Andreas Rehm
Stv. Jochen Sack
Stv. Elke Zerhusen-Elker

UWG-Fraktion

Stv. Robert Abel
Stv. Annelie Mainzer-Besche

Die Linke

Stv. Michael Henchoz
Stv. Nelson Janßen

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Meike Lukat

Schriftführer

Herr Fabian Winkler

Verwaltung

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella
Beigeordnete/r Engin Alparslan
StOVR Willi Terhardt
TA Ute Eden
StOVR Günter Opfer
StORR Michael Rennert
StAR Astrid Ruschke-Schwinghammer
StBR Carsten Schlipkötter
StA Anja Herold
StAR Bernd Küper
GSB Marion Plaehn

Vertreter der Schulen

AM Friederike von Wisser

Personalrat

Herr Carsten Butz

Der Vorsitzende Knut vom Bover eröffnet um 17:00 Uhr die 27. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm. vom Bover erklärt, der TOP 3.2.2 sei analog zur Sitzung der beiden vorangegangenen Sitzungen des HFA auf die Position 3.3.1 zu schieben. Weiterhin müsse analog zum HFA vor einer Beschlussfassung zu TOP 4 ein Beschluss des TOP 10 erfolgen.

Hierzu besteht Einvernehmen.

Stv. Lemke vermisst den TOP „Bewilligung eines Zuschusses zur Ertüchtigung des Gruitener Bürgersaals“, für den auch eine nicht-öffentliche Beratung vorgesehen werden solle.

Es besteht Einvernehmen, zu diesem Zweck die Tagesordnung um die TOP 3.3.3 und 12.1 (nicht-öffentlich) zu ergänzen.

Öffentliche Sitzung

1./ Fragerecht für Einwohner

Protokoll:

Bgm. vom Bover verliest zwei Fragen.

Herr Terjung fragt: „Sehr geehrter Herr Bürgermeister, in der WZ vom 6.5. werden Sie, angesprochen auf die Möglichkeit Ihre Amtszeit zur Kommunalwahl 2014 zu beenden, mit folgenden Worten zitiert:

„Die Wähler haben mich bis 2015 gewählt. Warum sollte ich das Risiko eingehen, nicht mehr wiedergewählt zu werden und damit freiwillig auf mein Einkommen zu verzichten?“

Frage: Wie viel kostet die Stadt Haan die Bürgermeisterwahl 2015, weil Sie es aus Gründen der persönlichen Einkommenssicherung ablehnen, dass die Bürgermeisterwahl mit der Kommunalwahl in 2014 zusammen erfolgt?“ (Anlage 1)

Bgm. vom Bover erklärt: Die voraussichtlichen Mehrkosten sind auch davon abhängig, ob der amtierende Landrat des Kreises Mettmann die komplette Wahlzeit im Amt verbleibt. Sollte dies der Fall sein, entstehen keine Mehrkosten. Außerdem sind die Mehrkosten zu berücksichtigen, die entstehen würden, wenn ich frühzeitig in

Pension gehe und ein Nachfolger gewählt wird, also für 17 Monate doppelte Zahlungen zu leisten wären. Diese Mehrkosten stehen in keinem Verhältnis zu denen einer separat durchzuführenden Wahl.

Herr Häußler möchte wissen: „Wann kann eine Sanierung der sanitären Anlagen in der Grundschule Gruiten durch die Stadt umgesetzt werden?“ (Anlage 2)

Bgm. vom Bovert unterbricht kurz die öffentliche Sitzung, um Herrn Häußler Gelegenheit zu geben, den Offenen Brief der Schulpflegschaft GGS Gruiten (Anlage 3) zu erläutern.

Nach erfolgter Wiederherstellung der Öffentlichkeit erklärt er, die Verwaltung werde die zur Verfügung stehenden Bauunterhaltungsmittel für dieses Produkt im Haushalt prüfen und hieraus eine bestmögliche Instandsetzung finanzieren. Reichten die Mittel aber nicht aus oder sei eine Instandsetzung aufgrund unzureichender finanzieller Mittel nicht wirtschaftlich, werde die Verwaltung dem Rat einen entsprechenden Ansatz für die Haushaltsberatungen im nächsten Jahr vorlegen.

2./ Zweite Strategievorlage

- hier: im April 2013 aktualisierte Fassung (siehe auch Antrag der UWG vom 29.04.2013 und Stv. Lukat vom 11.05.2013)

Vorlage: 10/145/2012/1

Protokoll:

Stv. Drennhaus macht für die SPD-Fraktion deutlich, dass eine Verschiebung der Straßensanierung Königstraße zugunsten der Instandsetzung einer neuen Toilettenanlage an der GGS Gruiten mitgetragen würde und fragt nach den Möglichkeiten der Umsetzung.

1. Bgo. Formella verdeutlicht, dass es sich bei einer Straßensanierung um investive, bei der Toilettensanierung um konsumtive Mittel handele, die haushaltsrechtlich nicht vermengt werden könnten. Eine Komplettsanierung der Toilettenanlage sei aber auch über diesen Weg nicht zu erreichen.

Bgo. Alparslan fügt hinzu, die Verwaltung erstelle derzeit eine Kostenkalkulation für die Sanierung der Toilettenanlage.

Stv. Sack erinnert daran, dass der Rat vor Jahren beschlossen habe, allen Haaner Grundschulen die Einführung des Offenen Ganztages zu ermöglichen. Auch die GGS Gruiten müsse mittelfristig in die Lage versetzt werden, diesen würdig umzusetzen. Alternativ müsse man den Bürgern sagen, dass man als Rat nicht mehr zu diesem Beschluss stehe.

Bgo. Alparslan bekräftigt, die Verwaltung habe in diesem Haushaltsjahr andere Prioritäten gesetzt und werde die Situation an der GGS Gruiten in Augenschein nehmen.

1. Bgo. Formella ergänzt, es ergebe keinen Sinn, Planungsmittel einzustellen, wenn

eine Durchführung der Maßnahme in diesem Haushaltsjahr nicht umzusetzen sei und kündigt einen Zwischenbericht der Verwaltung für die kommenden Sitzungen des BVVFA und Schul- und Sportausschusses an.

Stv. Dr. Gräßler sieht gemäß der geltenden Zuständigkeitsordnung lediglich eine Zuständigkeit des Schul- und Sportausschusses.

Stv. Lukat erinnert an ihren zu diesem TOP vorliegenden separaten Antrag und kritisiert das Fehlen von zielführenden Kennzahlen im Haushaltsplanentwurf. Aus ihrer Sicht sei eine Gesamtstrategie vonnöten und nicht die Diskussion über Einzelmaßnahmen. Daher bitte sie darum, die Vorlage der Verwaltung nicht analog zum HFA zur Kenntnis zu nehmen, sondern sie abzulehnen.

Stv. Ruppert sieht die Vorlage der Verwaltung als eine Aussage, was unter den gegenwärtigen finanziellen Bedingungen möglich ist und bittet für die nächste Sitzung des BVVFA um einen Sachstandsbericht der Verwaltung zur Situation der Toilettenanlage an der GGS Gruiten.

Stv. Abel erklärt für die UWG-Fraktion, der Antrag der SPD-Fraktion auf Zurückstellung der Straßensanierung Königstraße und Verwendung der Mittel für die abgängige Toilettenanlage an der GGS Gruiten werde unterstützt. Wirklich notwendige Dinge müssten prioritär erledigt werden können.

Stv. Lemke bestätigt für die CDU-Fraktion das Vertrauen in die Bauunterhaltung der Verwaltung.

Der Antrag der Stv. Lukat

„Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah bis zum 01.08.2013 eine Strategievorlage vorzulegen, welche ein zielorientiertes planmäßiges Vorgehen der Stadt aufzeigt, um die Stadt Haan mit der Entwicklung von Alleinstellungsmerkmalen wettbewerbsorientiert planerisch voran zu treiben“

wird mit 6 Ja- und 32 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen **abgelehnt**.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

3./ Beratung und Beschluss des Entwurfes der Haushaltssatzung 2013

- 3.1. Antrag der "Interessengemeinschaft Kindertagespflege Haan" vom**
1./ 22.02.2013 - Beratender Sitz im Jugendhilfeausschuss für einen gewählten
Vertreter und dessen Vertreter aus der Interessengemeinschaft Kindertages-
pflege Haan (siehe auch Ursprungsvorlage 51/108/2013)
Vorlage: 51/108/2013/1
-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Satzung der Stadt Haan vom 04.06.2013 zur Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Haan vom 04.02.1998 in der Fassung der Anlage 1.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- 3.1. Einführung eines IT-Fachverfahrens zur Vereinheitlichung und Vereinfachung des Anmeldeverfahrens in Kindertageseinrichtungen (siehe auch Antrag der SPD vom 05.05.2013)**
2./ Vorlage: 51/115/2013
-

Protokoll:

1. Bgo. Formella greift ihre Zusicherung aus der letzten HFA-Sitzung auf und kündigt eine Einladung der AG 78 für die 1. Juli-Woche an.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt - vorbehaltlich der Teilnahme aller Träger bzw. Kindertageseinrichtungen am Verfahren - der Einführung des EDV-Anmeldeprogramms "kitaVM" für Plätze in Kindertageseinrichtungen sowie der entsprechenden Beauftragung des IT-Dienstleisters "TriNuts GmbH" (München, Support: Langenfeld) zu. Im Haushalt 2013 (Produkt 060110 "Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (fremder Träger)" bei der Aufwandsart 529190 "sonstige Dienstleistungen durch Dritte") wird dazu ein Betrag von 10.000 Euro veranschlagt. Für den laufenden Betrieb wird nachfolgend ab 2014 jährlich 9.000 € veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**3.1. Konzeptionelle Ausgestaltung der gesetzlichen Bestimmungen aus dem
3./ Bundeskinderschutzgesetz BKiSchG (siehe auch Antrag der SPD vom
05.05.2013)
Vorlage: 51/109/2013**

Protokoll:

Stv. Drennhaus zeigt sich enttäuscht, dass der Antrag der SPD-Fraktion, die Stelle für die aufsuchende Jugendarbeit bei Amt 51 zu erhalten und in 2013 nicht zu besetzen, im HFA keine Mehrheit gefunden habe. Da man den Beschlussvorschlag aber grundsätzlich mittragen könne, werde man sich heute der Stimme enthalten.

Beschluss:

1. Der Rat nimmt die Ausführungen zur konzeptionellen Ausgestaltung der gesetzlichen Bestimmungen aus dem Bundeskinderschutzgesetz vom 22.11.2011 - BKiSchG - zur Kenntnis.
2. Zur Umsetzung der konzeptionellen Ausführungen wird
 - im Stellenplan 2013 wird bei Produkt 060310 „Ambulante Hilfen“ eine neue Vollzeitstelle (EG S14) eingerichtet unter Inanspruchnahme der seit Juli 2011 vakanten Stelle 51/3 (Aufsuchende Jugendarbeit, EG S12) und
 - im Haushaltsplan 2013 bei Produkt 060130 „Ambulante Hilfen“ ein Sachkostenansatz von 10.000 € eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

30 Ja- und 1 Nein-Stimme bei 9 Enthaltungen

**3.1. Antrag der Diakonie im Kirchenkreis Düsseldorf-Mettmann gGmbH vom
4./ 26.10.2012 auf Förderung des Projekts "wellcome" in Haan nach Artikel 2
(5) der Verwaltungsvereinbarung "Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen
und Familienhebammen" 2012 - 2015 (gem. § 3 Abs. 4 des Gesetzes zur
Kooperation und Information im Kinderschutz)
Vorlage: 51/113/2013**

Beschluss:

Auf Antrag vom 26.10.2012 wird der Diakonie im Kirchenkreis Düsseldorf-Mettmann gGmbH, Bahnstr. 64, 40699 Erkrath, der zur Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung „Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen (2012 – 2015) gem. § 3 Abs. 3 KKG – Bundeskinderschutzgesetz (BkiSchG) in Nordrhein-Westfalen in Höhe der für die Stadt Haan in 2013 zur Verfügung stehenden Bundesmittel von

9.437 € zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Beantragung erforderlichen Unterlagen zusammen mit der Diakonie zusammen zu stellen und den entsprechenden Antrag beim Land einzureichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**3.1. Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder von unter drei Jahren (U 3-5./ Ausbau) - Anträge der Evangelischen Kirchengemeinde Haan vom 28.01.2012 für die Kindertageseinrichtungen in der Bismarckstr. 10 "Am Park" und "Nachbarsberg" (siehe TOP 11)
Vorlage: 51/110/2013**

Protokoll:

siehe Dringlichkeitsentscheidung, HFA 22.05.13, Vorlage 51/116/2013, TOP 2.1.5.1

und

Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung unter TOP 3.1.5.1, Vorlage 51/117/2013

3.1. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

5.1. Vorlage: 51/117/2013

/

Beschluss:

Die am 22.05.2013 vom Haupt- und Finanzausschuss gem. § 60 Abs. 1 S. 1 GO NRW auf Grundlage der Vorlage 51/116/2013 beschlossene Dringlichkeitsentscheidung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**3.1. Antrag der Evangelischen Kirchengemeinde Haan vom 28.01.2013 auf Er-
6./ höhung des Betriebskostenzuschusses aufgrund nicht auskömmlicher
Anpassung der KiBiz-Pauschalen und Anpassung der Vereinbarung vom
15.07.2011
Vorlage: 51/111/2013**

Beschluss:

Der Antrag der Evangelischen Kirchengemeinde Haan, Kaiserstr. 8, Haan, vom 28.01.2013 auf Erhöhung der städtischen vertraglichen Leistungen ("Betriebskostenzuschüsse") für die von der Ev. Kirchengemeinde Haan betriebenen Kindertageseinrichtungen rückwirkend ab 01.06.2012 und Anpassung der Vereinbarung vom 15.07.2011, wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

38 Ja- und 1 Nein-Stimme

**3.1. Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder von unter drei Jahren (U 3-
7./ Ausbau) - Anträge der Kindertagespflegestelle "Haaner Zwerge" auf Inves-
titionsförderung vom 20.03.2013 und auf Übernahme des Eigenanteils
durch die Stadt Haan (Eingang 10.04.2013)
Vorlage: 51/112/2013**

Protokoll:

siehe Dringlichkeitsentscheidung, HFA 22.05.13, Vorlage 51/116/2013, TOP 2.1.5.1
und

Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung, Vorlage 51/117/2013, TOP 3.1.5.1

**3.1. Beratung des Haushaltes 2013, des Stellenplanes 2013 und des Haus-
8./ haltssicherungskonzepts bis 2020 für den Bereich des Jugendamtes
Vorlage: 51/114/2013**

Protokoll:

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 08.05.2013 zur Bereitstellung von Projektkosten in Höhe von 10.000 € für die Weiterentwicklung des Projektes Neubau Kita Bachstraße wird einstimmig angenommen.

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 05.05.2013 zur Verbesserung der Situation der

Kindertagespflege

Die SPD Haan beantragt, eine Summe von 15.000 € in den Haushalt 2013 einzustellen, um die Situation der Tagespflege in Haan zu verbessern.

wird mit 19 Ja- und 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 05.05.2013 auf Errichtung einer städtischen Kindertagesstätte

Die SPD Haan beantragt, in den Haushalt 2013 Mittel in ausreichender Höhe einzustellen, um auf dem Gelände der alten Musikschule an der Diekerstraße eine städtische Kindertagesstätte zu errichten, damit seitens der Stadt der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zum 1.8.2013 erfüllt werden kann. Dies kann entweder durch einen entsprechenden Umbau des Gebäudes oder – falls dies nicht möglich sein sollte – durch Abriss des Gebäudes und Aufstellung von Containern geschehen.

wird mit 12 Ja- und 23 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 28.04.2013 auf Einrichtung einer Teilzeitstelle für die Tagespflege (EG S12)

wird einstimmig angenommen.

Beschluss:

1. Der Haushalt 2013 für den Bereich des Jugendamtes wird entsprechend dem beigefügten Verwaltungsentwurf (Anlage 1) unter Berücksichtigung der in dieser Vorlage aufgeführten Änderungen und den Beratungsergebnissen aus der Ratssitzung vom 04.06.2013 beschlossen.
2. Der Stellenplan 2013 für den Bereich des Jugendamtes wird entsprechend dem beigefügten Verwaltungsentwurf (Anlage 2) und den Beratungsergebnissen aus der Ratssitzung vom 04.06.2013 beschlossen.
3. Das Haushaltssicherungskonzept 2010 ff. wird, soweit Maßnahmen den Bereich des Jugendamtes betreffen, entsprechend dem beigefügten Verwaltungsentwurf (Anlage 3) und den Beratungsergebnissen aus der Ratssitzung vom 04.06.2013 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

zu 1) 31 Ja-Stimmen bei 9 Enthaltungen

zu 2) 30 Ja- und 9 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung

zu 3) einstimmig

3.2. Stellenplan 2013 der Stadt Haan

/

3.2. Anpassung der Krankentransportkapazität

1./ Vorlage: 10/162/2013

Protokoll:

Stv. Ruppert verweist auf den als Tischvorlage vorgelegten Antrag der FDP-Fraktion (Anlage 4), wonach der AK Personal festgestellt habe, dass die zu erwartenden Erlöse durch die beiden zusätzlichen Stellen als kostendeckend einzustufen seien. Die zusätzlichen Aufwendungen erhöhter Leistungsentgelte sollten im Haushaltsplan beim entsprechenden Produkt vermerkt werden. Sollte sich herausstellen, dass der Mehraufwand entsprechende Erlöse abwerfe, könnten die Stellen im kommenden Jahr entfristet werden.

Stv. Lukat und **Stv. Janßen** fragen nach dem Sinn einer Befristung, wenn die Notwendigkeit doch festgestellt worden sei.

StOVR Terhardt hält es für sinnvoll, den neuen Brandschutzbedarfsplan abzuwarten und daher die Stellen zu befristen. Auf Anfrage des Stv. Rehm streicht er heraus, dass der Antrag der FDP-Fraktion auf den Haushalt 2013 in Anbetracht der Jahreszeit keinen Einfluss mehr haben werde.

StBR Schlipköter ergänzt, die Befristung der Stellen sei sinnvoll, da die Entwicklung bei der Anzahl der Krankentransporte nicht vorhersehbar sei.

Zum weiteren Antrag der FDP-Fraktion, die Stelle 65/14 mit einem Sperrvermerk zur Freigabe durch den HFA zu versehen (Anlage 4), erläutert **Stv. Ruppert**, der HFA solle erneut Gelegenheit bekommen, eine Prüfung der Notwendigkeit der Besetzung der Stelle vorzunehmen.

1. Bgo. Formella betont, hier könne kein solcher Sperrvermerk gesetzt werden.

StOVR Terhardt versichert aber, dass die Verwaltung anerkenne, eine Besetzung der Stelle nicht ohne das Votum des HFA umzusetzen.

Beschluss:

Der auf ein Jahr befristeten Einstellung von 2 Rettungssanitätern zur Anpassung der Krankentransportkapazität wird zugestimmt. Im Produkt 020420 sind entsprechend den Mehr-Ausgaben bei den Personalaufwendungen erhöhte Leistungsentgelte darzustellen.

Hinweis der Verwaltung:

2013: Ertrag und Aufwendung jeweils 16.000 €

2014: Ertrag und Aufwendung jeweils 48.000 €

Abstimmungsergebnis:

38 Ja- und 2 Nein-Stimmen

3.3. Beratung und Beschluss des Entwurfes der Haushaltssatzung 2013

/

- a) Haushalt 2013, Stellenplan 2013 und Haushaltssicherungskonzeptes 2010 ff. (Fortschreibung) für den Bereich des Jugendamtes
- b) Stellenplan 2013 der Stadt Haan
- c) Haushaltssicherungskonzept 2010 ff. (Fortschreibung), Hebesatz-Satzung für das Haushaltsjahr 2013 und Haushaltssatzung 2013

(siehe auch 20/036/2013/1, 20/036/2013/2 und 20/036/2013/3)

Vorlage: 20/036/2013

Protokoll:

Der Antrag des Dezernates III vom 17.05.2013 (Vorlage 20/036/2013 – Ergänzung zu Anlage 1), einen investiven Ansatz in Höhe von 20.000 € für den Ersatz der beschädigten Leuchten im Park Ville d'Eu mit einem Sperrvermerk zur Freigabe durch den HFA in den Haushalt 2013 einzustellen

wird einstimmig angenommen.

Stv. Lukat erläutert ihren Antrag vom 24.04.2013, den städtischen Zuschuss für den Seniorentreff der AWO für das Haushaltsjahr 2013 auf 15.600 € festzusetzen (Anlage 3, Vorlage 20/036/2013).

Stv. Drennhaus erklärt für die SPD-Fraktion, diesem Antrag inhaltlich folgen zu wollen, eine separate Abstimmung über den SPD-Antrag vom 05.05.2013 (Anlage 7, Vorlage 20/036/2013/2) sei nicht nötig.

Stv. Wetterau betont für die CDU-Fraktion, vor dem Hintergrund der vielen ehrenamtlich tätigen Vereine im Stadtgebiet die AWO nicht zurückstellen, aber allen eine ungefähre Gleichbehandlung zukommen lassen zu wollen.

Der Antrag der **Stv. Lukat**

Der Rat beschließt, für den Seniorentreff der AWO Haan einen Zuschuss von 15.600 € in den Haushalt 2013 einzustellen.

wird mit 17 Ja- und 21 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Somit wird der Kompromissvorschlag der FDP-Fraktion, der AWO Haan für das Haushaltsjahr 2013 einen städtischen Zuschuss in Höhe von 15.000 € zukommen zu lassen mit 39 Ja- und 1 Nein-Stimme angenommen.

Zum Antrag der Stv. Lukat auf Zuwendungen gem. § 56 Abs. 3 GO (Anlage R, Vorlage 20/036/2013/3) hat die Verwaltung auf Wunsch des HFA eine rechtliche Stellungnahme (Anlage 5) abgegeben.

Stv. Holberg bittet die Verwaltung zu prüfen, ob auch jedes andere fraktionslose Ratsmitglied Sachmittelkosten geltend machen könne und mithin bei Zustimmung ein Präzedenzfall geschaffen würde. Wegen der früheren Mitgliedschaft der Stv. Lukat in der CDU-Fraktion werde man sich trotz dieser Bedenken der Stimme enthalten.

StORR Rennert bestätigt einen solchen Anspruch aufgrund des erhöhten Aufwandes eines fraktionslosen Ratsmitgliedes. Die Nachfrage des **Stv. Kohl**, ob Stv. Lukat bei dieser Frage vor dem Hintergrund der Befangenheitsvorschriften der Gemeindeordnung mitstimmen dürfe, wird von **StORR Rennert** dahingehend beantwortet, dass aufgrund der Frage der Statusklärung eines Ratsmitgliedes keine Befangenheit vorliege und Stv. Lukat ein Stimmrecht besitze.

Der Antrag der **Stv. Lukat**

In den Haushalt 2013 werden zu dem Produktsachkonto 010100.549200 für das fraktionslose Ratsmitglied Stv. Lukat zusätzliche Mittel in Höhe von monatlich 100 € eingestellt.

wird mit 16 Ja- Stimmen bei 24 Enthaltungen angenommen.

Zu ihrem Antrag auf Durchführung eines Dreck-weg-Tages im Jahre 2014 vom 23.04.2013 (Anlage 4, Vorlage 20/036/2013 und Antwort der Verwaltung: Anlagen C1+C2 der Vorlage 20/036/2013/3) bedauert **Stv. Lukat** das Desinteresse der Verwaltung.

Ihr Antrag

Der Rat beschließt für einen Dreck-weg-Tag 2014 einen Betrag in Höhe von 2.000 € in den Haushalt 2013 einzustellen.

wird mit 10 Ja- und 28 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Zu ihrem Antrag vom 25.04.2013 auf Erstellung eines Konzeptes für Sicherheit und Ordnung (Anlage 5, Vorlage 20/036/2013 und Antwort der Verwaltung: Anlage 13, Vorlage 20/036/2013/2) bekräftigt **Stv. Lukat**, es sei rechtswidrig, wenn ein privater Sicherheitsdienst Personenfeststellungen durchführen wolle.

StORR Rennert führt aus, dass der private Sicherheitsdienst gegen den Willen der Betroffenen keine Personenfeststellung machen könne. Die Präsenz dieses Personals flöße aber Respekt ein. Viele andere Städte bedienten sich ebenso dieser Si-

cherheitsdienste.

Stv. Rehm erklärt für die GAL-Fraktion, die Citystreife sei herausgeworfenes Geld, man werde dem Antrag der Stv. Lukat zustimmen.

Stv. Janßen und die Fraktion Die Linke sehen in der Citystreife keine Alternative und kündigen Stimmenthaltung an.

Der Antrag der **Stv. Lukat**

Der Rat beschließt für eine Ordnungspartnerschaft „Sicherheit und Ordnung in der Stadt Haan“ einen Betrag von 10.000 € in den Haushalt 2013 einzustellen. Der Rat beschließt, dass hierfür die von der Verwaltung unter Produkt 020110 eingestellten 10.000 € für eine Citystreife, welche durch externe Sicherheitsunternehmen wahrgenommen werden sollte, verwendet wird.

wird mit 6 Ja- und 29 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen **abgelehnt**.

Zu ihrem Antrag vom 26.04.2013 auf Erstellung eines Konzeptes „Kaufhaus Innenstadt“ (Anlage 6, Vorlage 20/036/2013 und Antwort der Verwaltung: Anlage A, Vorlage 20/036/2013/3) streicht **Stv. Lukat** heraus, es bestehe die Notwendigkeit, nicht in Konkurrenz zu umliegenden Städten zu treten, sondern Alleinstellungsmerkmale für Haan heraus zu stellen.

Stv. Ruppert sieht eine inhaltliche Verwandtschaft zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und FDP die Innenstadtentwicklung betreffend. Es müsse unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ein Gesamtkonzept entstehen, deren weitere Diskussion er im WLA für gut aufgehoben halte.

1. Bgo. Formella verweist erneut auf einen u.a. für die Innenstadtplanung im Haushaltsplanentwurf enthaltenen Ansatz in Höhe von 10.000 € bei Produkt 090110.

Bgo. Alparslan fügt an, das Dezernat III prüfe derzeit die Bürgerbeteiligung wie sie die Stadt Hilden hat durchführen lassen auf ihre Übertragbarkeit auf Haan. U.a. werde der finanzielle und personelle Aufwand hierfür ermittelt, andere Projekte könnten mangels Personal daher zur Zeit nicht weitergeführt werden.

Stv. Stracke erklärt, die Einzelhandelsflächen der Haaner Innenstadt seien zu klein für die Umsetzung eines Konzeptes „Kaufhaus Innenstadt“. Auch er halte eine Beteiligung des Fachausschusses für sinnvoll.

Stv. Rehm hält den Ansatz, der hinter dem Antrag der Stv. Lukat stehe, für richtig. Er verstehe ihn als Anregung und Gedankenspiel und werde ihm zustimmen, um die Verwaltung darin zu bestärken, Ideen für die Belebung der Innenstadt zu entwickeln.

Der Antrag der **Stv. Lukat**

Der Rat beschließt, für die Erstellung und Realisierung eines Konzeptes „Kaufhaus Innenstadt“ einen Betrag von 15.000 € in den Haushalt 2013 einzustellen.

wird mit 7 Ja- und 32 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Zum Antrag der GGS Gruitzen vom 24.04.2013 auf Ausbau der Offenen Ganztages-
schule (Anlage 7, Vorlage 20/036/2013 sowie Antrag der GAL-Fraktion vom
27.04.2013, Anlage 10, Vorlage 20/036/2013 und Antwort der Verwaltung Anlage F,
Vorlage 20/036/2013/3) erklärt **Stv. Sack**, die Einführung des Offenen Ganztages
war vom Rat gewollt und müsse nun entsprechend unterstützt werden. Alternativ
müsse die Umkehr von diesem Beschluss verkündet werden.

Stv. Lukat bekräftigt, der Schul- und Sportausschuss müsse durch den Rat unter-
stützt werden, Familienfreundlichkeit dürfe nicht zur bloßen Floskel verkommen.

Stv. Elker ist der Auffassung, dass Planungskosten nur eingestellt werden sollten,
wenn die bauliche Umsetzung auch sofort realistisch sei.

Stv. Lemke schließt mit der Bemerkung, dass die Gelder für diese wünschenswerte
Maßnahme nicht vorhanden seien bzw. der Rat andere Prioritäten gesetzt habe.

Der Antrag der GGG Gruitzen

*Wir bitten daher den Rat der Stadt Haan, kurzfristig die Planung für die notwendige
bauliche Erweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Gruitzen und alsbald die Durch-
führung der Bauarbeiten durch Bereitstellung finanzieller Mittel und Vergabe von Pla-
nungs- und Bauaufträgen sicherzustellen, so dass die erforderlichen Räume zum
Schuljahresbeginn 2015/2016 zur Verfügung stehen.*

wird mit 7 Ja- und 32 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Zum Antrag der GAL-Fraktion vom 27.04.2013 auf Herausnahme der Projekte „Aus-
bau der Polnischen Mütze“ und „Ausbau der Knotenpunkte der Anschlussstelle Haan-
Ost“ (Anlage 11, Vorlage 20/036/2013 und Antwort der Verwaltung: Anlage H, Vorla-
ge 20/036/3) argumentiert **Stv. Rehm**, es sei unverständlich, warum in dieser Haus-
haltssituation eine derartige Investition getätigt werden solle, die nach ihren Berech-
nungsgrundlagen für die Verkehrsentwicklung auf tönernen Füßen stehe.

Stv. Abel und die UWG-Fraktion unterstützen den Antrag der GAL-Fraktion. Die Gel-
der sollten für eine Renovierung des Bahnhofes Gruitzen sinnvoller eingesetzt werden.

Stv. Lemke appelliert an den Rat, es handele sich hierbei keineswegs um eine Lu-
xusplanung, sondern stelle vielmehr die historisch wohl einmalige Chance dar, diesen
verkehrsmäßig erforderlichen Ausbau der Kreuzung mit finanzieller Hilfe des Landes
durchzusetzen. Zudem habe das Land mitgeteilt, dass die Zahlungen zweckgebun-
den erfolgen.

Stv. Rehm wirft ein, gegen eine maßvolle Erweiterung des Kreuzungsbereiches sei
nichts einzuwenden, doch die Annahmen bzgl. des künftigen Verkehrsaufkommens
seien viel zu hoch. Ein Grund für die Planung sei auch der 2. Bauabschnitt des Tech-
nologieparks. Hier seien aber die weiteren Ansiedlungen unklar und die Kiebitz-
Problematik ebenfalls ungelöst.

Stv. Ruppert erklärt für die FDP-Fraktion, eine ausreichend dimensionierte Infrastruktur sei ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft. Somit handele es sich vorliegend um eine rentierliche Investition.

Stv. Stracke warnt davor, die Erweiterung des Kreuzungsbereiches nur an der nicht erfolgten Ansiedlung von Johnson Controls festzumachen. Der Rat müsse sich an die Zusagen an die Unternehmen halten, die im Vorfeld deren Ansiedlung im Technologiepark gemacht worden seien. Auch er sehe durch die Landesmittelförderung die einmalige Chance, für dieses Projekt weniger Eigenmittel einsetzen zu müssen.

Stv. Kohl betont, es handele sich de facto um Erschließungskosten für den 2. Bauabschnitt des Technologieparks. Wer den Ausbau der Kreuzung ablehne, wolle den 2. Bauabschnitt und damit auch weitere Gewerbesteuereinnahmen nicht.

Stv. Lukat berichtet, einen Antrag auf Offenlegung der Projektkosten gestellt zu haben (Anlage 6). Sie möchte wissen, wieso man sich seitens der Verwaltung so sicher sei, dass die Gewerbesteuereinnahmen durch die Realisierung des 2. Bauabschnittes des Technologieparks steigen.

Bgm. vom Bover stellt klar, dass es sich hierbei um Hypothesen handele.

Stv. Holberg gibt zu bedenken, dass die Landstraße inzwischen die meistbefahrenste Straße Haans sei. Auch hier werde der Verkehr an der Ostermann-Kreuzung durch die Ausdehnung des Gewerbegebietes VohRang weiter zunehmen. Das Land beabsichtige den Nutzen des Ausbaus für mehrere Objekte zu nutzen.

Bgm. vom Bover schließt mit den Worten, die Realisierung des 2. Bauabschnittes des Technologieparks tue Haan gut. Es reiche nicht aus, die Jugend exzellent auszubilden. Sie müsse auch anschließend auch einen Arbeitsplatz finden.

Der Antrag der GAL-Fraktion auf

Herausnahme der Projekte „Ausbau der Polnischen Mütze“ und „Ausbau der Knotenpunkte der Anschlussstelle Haan-Ost“ aus dem Haushalt

wird mit 9 Ja- und 30 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 05.05.2013 (Anlage 1, Vorlage 20/036/2013/2 und Antwort der Verwaltung: Anlage H, Vorlage 20/036/2013/3)

Die SPD-Fraktion beantragt im Haushalt 2013 Mittel in Höhe von 2000 € für eine Verstärkung der Bürgerbeteiligung einzustellen.

wird mit 19 Ja- und 20 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Die SPD-Fraktion erklärt, ihren Antrag vom 05.05.2013, die Sanierung der Dieker Straße der Sanierung der Königstraße vorzuziehen (Anlage 6, Vorlage 20/036/2013/2) zurück zu ziehen, weil man der Instandsetzung der Toilettenanlage an der GGS Gruiten Vorrang einräume.

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 05.05.2013 (Anlage 3, Vorlage 20/036/2013/2) auf Prüfung von Alternativen zum geplanten Übergangshaus Landstraße

Die SPD-Fraktion beantragt, die für den Gründungsaufwand für ein neues Übergangshaus an der Landstraße vorgesehenen Mittel zunächst mit einem Sperrvermerk zu versehen und preiswertere Alternativen zu prüfen.

wird unter der Prämisse Prüfung durch den Sozialausschuss und Freigabe des Sperrvermerkes durch den HFA einstimmig angenommen.

Auch ihren Antrag vom 05.05.2013, auf Fortsetzung der Planungen für das EKZ Windhövel (Anlage 4, Vorlage 20/036/2013/2 und Antwort der Verwaltung: Anlage H, Vorlage 20/036/2013/3) zieht die SPD-Fraktion laut **Stv. Drennhaus** zurück, da nach der durch Bgm. vom Boverl erfolgten Rücksprache mit dem Investor nunmehr vereinbart worden sei, einen Vorhaben- und Erschließungsvertrag auszuhandeln, auf dessen positive Umsetzung man vertraue.

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 03.05.2013 zur Bereitstellung von Finanzmitteln für den Runden Tisch zur Integration (Anlage 5, Vorlage 20/036/2013/2)

Die SPD-Fraktion beantragt, Finanzmittel in Höhe von 2.000 € für den Runden Tisch Integration im Haushalt 2013 einzustellen.

wird mit 13 Ja- und 26 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Die Anträge von SPD- und CDU-Fraktion zur Überführung des städtischen Hallenbades in die Trägerschaft der Stadtwerke Haan GmbH (Anlage 10, Vorlage 20/036/2013/2 und Antwort der Verwaltung (Anlage D, Vorlage 20/036/2013/3) werden zurückgezogen, nachdem die Überprüfung der Verwaltung dahingehend ausgefallen ist, dass vom Finanzamt zur Zeit keine verbindlichen Auskünfte erteilt werden.

Zum Antrag der UWG-Fraktion vom 29.04.2013 auf Einstellung von Finanzmitteln für den Beginn des Ausbaus eines barrierefreien Bahnhofs Gruiten erinnert **Stv. Abel** daran, dass seine Fraktion schon seit einiger Zeit einen solchen Umbau vehement fordere und zeigt sich enttäuscht darüber, dass der letzte HFA diese Thematik äußerst stiefmütterlich behandelt habe, obwohl vom Grundsatz alle anderen Fraktionen der Ansicht seien, dass dieses Ansinnen erforderlich wäre. Er halte fest, dass dieser nur wegen der Nichtfinanzierbarkeit scheitere. Die UWG-Fraktion werde ihn zu den Haushaltsberatungen 2014 erneut einbringen.

Der Antrag der UWG-Fraktion

Für den Beginn von ausführenden Maßnahmen zur Barrierefreiheit des Bahnhofes Haan-Gruiten wird um die Einstellung entsprechender Mittel gebeten. Hierfür wird zunächst um eine Priorisierung der Maßnahme in der Strategievorlage 2 ersucht. Hier ist das Projekt an letzter Stelle geführt, ohne jegliche Einstellung von Mitteln.

wird mit 2 Ja- und 29 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss:**Zu a) Haushalt 2013, Stellenplan 2013, Haushaltssicherungs-Konzept 2010 ff. Jugendamt / TO - Punkt 3.1.8 HFA -**

Siehe hierzu die Vorlage 51/114/2013 (Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.04.2013).

Zu b) Stellenplan 2013 der Stadt Haan / TO - Punkt 3.2 HFA -

Siehe hierzu die Vorlage 10/161/2013 (Einbringung im Rat am 23.04.2013).

Zu c) Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.

Das Haushaltssicherungskonzept – bis 2020 für den Ergebnisplan und für 2013 bis 2016 für die Auszahlungen für Investitionen zuzüglich der 2019 eingeplanten Bau- und Einrichtungskosten für den Neubau des Gymnasiums am Altstandort – wird in der Fassung beschlossen, die sich aus dem Verwaltungsentwurf und den Beratungsergebnissen des Rates vom 04.06.2013 ergibt.

Zu c) Hebesatz-Satzung für 2013**Beschlussvorschlag gemäß Vorlage 20/034/2013**

Die als Anlage beigefügte Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Realsteuern der Stadt Haan im Haushaltsjahr 2013 wird mit folgenden Steuersätzen beschlossen:

Grundsteuer A	209 v. H.	- land- und forstwirtschaftliche Betriebe -
Grundsteuer B	413 v. H.	- bebaute und unbebaute Grundstücke -
Gewerbesteuer	411 v. H.	

Zu c) Haushaltssatzung 2013

Die Haushaltssatzung 2013 mit ihren Anlagen wird in der Fassung beschlossen, die sich aus dem Verwaltungsentwurf und den Beratungsergebnissen des Rates vom 04.06.2013 ergibt.

--

**Jährliche Übertragung von Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen im Finanzplan (kameraler Begriff: Übertragung von Haushaltsausgaberesten) und für Auszahlungen aufgrund von Instandhaltungsrückstellungen im Finanzplan
hier: Übertragung von Ermächtigungen aus 2012 nach 2013**

Die Übertragung von Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen und für Auszahlungen aufgrund von Instandhaltungsrückstellungen von 2012 nach 2013 entsprechend der **Anlage 13** zu dieser Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

zu c) Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.: 33 Ja- und 6 Nein-Stimmen

zu c) Haushaltssatzung 2013: 23 Ja- und 6 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen

Übertragung von Ermächtigungen: einstimmig

3.3. Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2013

1./ Vorlage: 10/161/2013

Protokoll:

Stv. Wetterau führt aus, die CDU-Fraktion stimme dem Stellenplan unter der Prämisse zu, dass die höhere Ausweisung der Stelle 32/1 ausgesetzt und die Zahlung eines Leistungsentgeltes für die Beamtinnen und Beamte mit einem Sperrvermerk versehen werde, den der AK Personal nach Klärung der Teilnehmer und Art und Umfang der abzuschließenden Zielvereinbarungen aufheben könne.

Stv. Stracke erklärt, die SPD-Fraktion werde sich wegen der beantragten fehlenden Stellen der Stimme enthalten.

Stv. Lukat führt aus, sie werde dem Stellenplan nicht zustimmen, weil das Leistungsentgelt zur Motivation der Mitarbeiter beitrage und nicht an Bedingungen geknüpft werden dürfe.

Der Antrag der CDU-Fraktion, die höhere Ausweisung der Stelle 32/1 auszusetzen wird mit 38 Ja- und 1 Nein-Stimme angenommen.

Der weitere Antrag der CDU-Fraktion, die Zahlung der Leistungsentgelte für die Beamtinnen und Beamte mit einem Sperrvermerk zur Freigabe durch den AK Personal zu versehen wird mit 35 Ja- und 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen angenommen.

Beschluss:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2013 wird entsprechend dem in Anlage 1 beigefügten Verwaltungsentwurf und den Beratungsergebnissen des Rates vom 04.06.2013 verabschiedet.

Den unter 2.4 aufgeführten personalwirtschaftlichen Maßnahmen wird zugestimmt.

Der Gewährung von Leistungsentgelten für die Beamtinnen und Beamten wird mit einem Sperrvermerk mit Freigabe durch den Arbeitskreis Personal und Organisation zugestimmt. Die erforderlichen Mittel werden im Haushalt 2014 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

26 Ja- und 9 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen

3.3. Hebesatzsatzung für das Haushaltsjahr 2013**2./ Vorlage: 20/034/2013**

Protokoll:

Stv. Ruppert betont, die FDP-Fraktion erhöhe die Realsteuern nicht leichten Herzens, zumal nicht klar sei, ob dies eine wirkliche Hilfe für die Finanzen der Stadt darstelle. Man sehe aber die Gesamtsituation des Haushalts vor dem Hintergrund des Haushaltssicherungskonzeptes und der zu stemmenden Finanzierung des Neubaus des Gymnasiums und hoffe auf eine Mehrheit des gemeinsamen Antrages mit der CDU-Fraktion (Anlage 7).

Sodann erläutert **Stv. Ruppert** den gemeinsamen Antrag und ist der Auffassung, der Haushalt 2013 enthalte nur wenige Konsolidierungsansätze. Steuererhöhungen dürften immer nur die ultima ratio darstellen. Es sei nicht wirtschaftsfreundlich, im Jahre 2019 eine erneute Steuererhöhung anzustreben. Der Haushalt müsse komplett auf den Kopf gestellt und jede Sparmöglichkeit genutzt werden. Dabei sei allen klar, dass insbesondere vor dem Hintergrund des drohenden Damoklesschwertes Abundanzabgabe nicht alles umgesetzt werden könne.

Stv. Lerch kritisiert eine seit Jahren falsche FDP-Steuerpolitik. Bei aller Wirtschaftsfreundlichkeit dürfe nicht vergessen werden, dass gemeinschaftliche Einrichtungen das Leben für die Bürger einer Stadt attraktiv gestalten und eine gewisse Infrastruktur vorgehalten werden müsse.

Stv. Lukat erklärt, neben dem Haushalt auch die Anhebung der Realsteuern abzulehnen, da sie ein klares übergeordnetes Konzept vermisse.

Stv. Wetterau unterstreicht, einige Nachbargemeinden hätten die Realsteuern gesenkt und damit großen wirtschaftlichen Erfolg gehabt. Auch ihm sei bewusst, dass

der Spielraum, weitere Einsparungen im Haushalt zu erzielen, sehr klein sei. Doch sei er zuversichtlich, dass sich das Gemeinwesen weiterentwickeln werde und sich Sparmöglichkeiten eröffnen, an die heute noch niemand denke. Aufgabe sei es, eine bestimmende Perspektive für die Zukunft zu entwickeln.

Stv. Lemke möchte die Zeit bis zur Aufstellung des Haushaltes 2014 sinnvoll nutzen und einer Steuererhöhung in 2019 erst dann ruhigen Gewissens zustimmen, wenn der Haushalt zuvor auf den Kopf gestellt und jede noch so kleine Sparmöglichkeit genutzt worden sei. In den letzten Jahren seien sehr wohl rund 25 Mio. € in die Haaner Infrastruktur investiert und die strukturellen Ausgaben verringert worden.

Stv. Stracke führt aus, die Stadt Monheim habe von einer riesigen Steuerrückzahlung profitiert und so ihren Haushalt sanieren können. Die Mehrheitsfraktionen verzichteten durch eine zurückhaltende Steuerpolitik seit Jahren auf Millionen-Einnahmen. Die dadurch höher ausfallende Kreisumlage verhindere eine stetige Investition in die Haaner Infrastruktur. Seine Fraktion frage sich, welche praktischen Auswirkungen dieser Antrag auf die Finanzplanung habe und resümiert, die Stadt habe kein Ausgabe- sondern ein Einnahmeproblem. So könne dem Antrag jedenfalls nicht zugestimmt werden.

Bgm. vom Bover schlägt vor, diesen Antrag als gemeinsame Resolution zu beschließen, um ein Zeichen zu setzen.

Stv. Lukat hält den Antrag selbst als Resolution nicht für zustimmungsfähig. Es wäre die Aufgabe der Verwaltung im Rahmen der 2. Strategievorlage gewesen, der Politik entsprechende Vorschläge zu machen.

Bgm. vom Bover verweist darauf, dass sämtliche von ihm seit dem Jahre 2004 an den Rat gemachten Sparvorschläge negiert worden seien.

Die Fraktionen von SPD, UWG und Die Linke schließen sich der gemeinsamen Resolution auf der Grundlage des gemeinsamen Antrages von FDP- und CDU-Fraktion an und beschließen diese im Wortlaut der Anlage 7 mit 33 Ja- und 6 Nein-Stimmen.

Einvernehmen herrscht schließlich dazu, die Verwaltung zu beauftragen die Ziffer 2 der Anlage 4 zu dieser Niederschrift umzusetzen, wonach die Verwendung von Mitteln aus Rückstellungen künftig transparenter dargestellt werden sollten.

Als weitere Anlagen zu den Haushaltsberatungen sind die Haushaltsreden der CDU- und GAL-Fraktion beigefügt (Anlagen 8 +9).

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Realsteuern der Stadt Haan im Haushaltsjahr 2013 wird mit folgenden Steuersätzen beschlossen:

Grundsteuer A	209 v.H.	- land- und forstwirtschaftliche Betriebe -
Grundsteuer B	413 v.H.	- bebaute u. unbebaute Grundstücke -
Gewerbesteuer	411 v.H.	

Abstimmungsergebnis:

38 Ja- und 1 Nein-Stimme

3.3. Bewilligung eines Zuschusses zur Ertüchtigung des Gruitener Bürger- 3./ saals - hier: Antrag des Trägervereins Gruitener Pfarrsaal e.V. (siehe Antrag vom 13.05.2013)

Protokoll:

Stv. Stracke führt aus, zwar habe sich seine Fraktion in der Sitzung des HFA aufgrund von Zweifeln am Konzept des Trägervereins noch der Stimme enthalten, doch nach einem Gespräch mit Vertretern des Trägervereins konnten diese größtenteils beseitigt werden und es habe sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass diese Versammlungsstätte für Gruitener benötigt werde. Seine Fraktion empfehle die grundbuchrechtliche Sicherung der 436.000 €.

Bgm. vom Bover bestätigt, nach Aussage der Antragsteller habe das Erzbistum der grundbuchrechtlichen Sicherung der 436.000 € zwischenzeitlich in Aussicht gestellt. Er danke den Vertretern des Trägervereins für ihr Engagement und sehe keine Alternative zu einem positiven Beschluss.

1. Bgo. Formella wirft ein, der HFA habe im 2. Spiegelstrich eine falsche Empfehlung an den Rat abgegeben, da sich der Zuwendungsbescheid weiterentwickelt habe.

StORR Rennert bestätigt, der Zuwendungsbescheid werde sich noch geringfügig ändern, was die Modalitäten der Auszahlung der bewilligten Summe angehe.

Bgm. vom Bover hält es angesichts der neuen Sachlage für nicht empfehlenswert, am heutigen Tage einen Beschluss herbeizuführen, zumal der nächste Sitzungszug HFA/Rat nicht mehr lange auf sich warten lasse und kein immenser Zeitdruck bestehe. Die Verwaltung werde zur kommenden Sitzung des HFA eine neue Vorlage vorlegen.

Auf Vorschlag des **Stv. Ruppert** gelangt eine Absichtserklärung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat unterstreicht die Absicht, die Mittel zur Ertüchtigung des Gruitener Bürger-

saals in Höhe von 436.000 € freizugeben. Die Verwaltung wird aufgefordert, zur kommenden Sitzung des HFA eine beschlussreife Vorlage vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

- 5./ Bebauungsplan Nr. 148 "Ellscheider Straße / Nordstraße" als vorhabenbezogener Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB
hier: Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen, Satzungsbeschluss, § 10 (1) BauGB
Vorlage: 61/111/2013**
-

Beschluss:

- „1./ Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB sowie über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB und die in der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
- 2./ Der Bebauungsplan Nr. 148 „Ellscheider Straße / Nordstraße“ wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung in der Fassung vom 07.03.2013 wird zugestimmt.

Das Plangebiet umfasst das Eckgrundstück Ellscheider Straße / Nordstraße (Gemarkung Haan, Flur 14, Flurstücke Nr. 212 teilweise, 323, 324), sowie einen Teil der Verkehrsfläche der Ellscheider Straße (Gemarkung Haan, Flur 15, Flurstück Nr. 274). Die genaue Abgrenzung des Plangebiets erfolgt durch die Planzeichnung.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- 6./ Gebührenbedarfsberechnungen der Stadt Haan für den Winterdienst
hier: Zukünftige Berechnung der Einsatzstunden des Betriebshofes
Vorlage: 60/046/2013**
-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan hebt seinen Beschluss vom 20.11.1981, die Einsatzstunden des Betriebshofes nach dem Mittel der letzten fünf Jahre zu errechnen, auf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**7./ Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Haan
Vorlage: 10/165/2013**

Protokoll:

Stv. Lukat beantragt, den § 17 komplett aus der Geschäftsordnung des Rates zu streichen.

Gemeinsam mit der GAL-Fraktion beantragt sie die namentliche Abstimmung hierüber:

Mit JA stimmen: Stv. Lukat, Stv. Henchoz, Stv. Lerch, Stv. Pieper, Stv. Rehm, Stv. Sack und Stv. Zerhusen-Elker

Mit NEIN stimmen: Bgm. vom Bovert, Stv. Altmann, Stv. Becker, Stv. Borgmann, Stv. Goeken, Stv. Goetze, Stv. Greeff, Stv. Dr. Gräßler, Stv. Holberg, Stv. Lemke, Stv. Mentrop, Stv. Morwind, Stv. Taschke, Stv. Wasgien, Stv. Wetterau, Stv. Boes, Stv. Drennhaus, Stv. Eichler, Stv. Elker, Stv. Marion Klaus, Stv. Ulrich Klaus, Stv. Schneider, Stv. Stracke, Stv. Wollmann, Stv. Raabe, Stv. Ruppert, Stv. Sobbe, Stv. Straßburg, Stv. Vossieg, Stv. Abel und Stv. Mainzer-Besche

Der Antrag der **Stv. Lukat** wird mit 7 Ja- und 31 Nein-Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

„Der Änderung der Geschäftsordnung der Stadt Haan gem. Anlage 1 wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

31 Ja- und 7 Nein-Stimmen

8./ Neubesetzung von Ausschüssen
- hier: Bestellung eines weiteren Stellvertreters für den Aufsichtsrat der Stadtwerke Haan GmbH
Vorlage: 10/167/2013

Beschluss:

Herr Technischer Beigeordneter Engin Alparslan wird als weiterer Stellvertreter für Herrn Bürgermeister Knut vom Boverl für den Aufsichtsrat der Stadtwerke Haan GmbH bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Dr. Gräßler wünscht sich für die Einbringung des Haushaltes 2014 mehr Kennzahlen.

Stv. Wetterau fragt erneut nach der Möglichkeit, den Rat häufiger im Dieker Carré tagen zu lassen.

Bgm. vom Boverl sieht einen zu großen logistischen Aufwand für die Verwaltung.

10./ Mitteilungen

Protokoll:

Bgm. vom Boverl verweist auf den als Tischvorlage vorgelegten Auszug aus dem aktuellen Zensus (Anlage 10), aus dem hervor gehe, dass Haan die einzige Stadt im Kreis Mettmann mit einem Einwohnerzuwachs sei.